

Rezensionen von IfZ-Publikationen in den sehepunkten

Dimitrij N. Filippovych / Matthias Uhl (Hg.): Vor dem Abgrund. Die Streitkräfte der USA und der UdSSR sowie ihrer deutschen Bündnispartner in der Kubakrise Rezensioniert von Rüdiger Wenzke	2
Christian Hartmann / Johannes Hürter / Ulrike Jureit (Hg.): Verbrechen der Wehrmacht. Bilanz einer Debatte Rezensioniert von Alexander Brakel, Mainz	5
Dorothee Hochstetter: Motorisierung und „Volksgemeinschaft“. Das Nationalsozialistische Kraftfahrkorps (NSKK) 1931–1945 Rezensioniert von Armin Nolzen, Warburg	8
Michael Schwartz: Vertriebene und „Umsiedlerpolitik“. Integrationskonflikte in den deutschen Nachkriegs-Gesellschaften und die Assimilationsstrategien in der SBZ/DDR 1945 bis 1961 Rezensioniert von Arnd Bauerkämper.	11

Dimitrij N. Filippovych / Matthias Uhl (Hg.): Vor dem Abgrund. Die Streitkräfte der USA und der UdSSR sowie ihrer deutschen Bündnispartner in der Kubakrise (= Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte; Sondernummer), München: Oldenbourg 2005, XIV + 265 S., ISBN 3-486-57604-6, EUR 44,80

Rezensiert von Rüdiger Wenzke

Militärgeschichtliches Forschungsamt, Potsdam

in: **sehpunkte** 5 (2005), Nr. 3 [15.03.2005],

URL: <<http://www.sehpunkte.historicum.net/2005/03/7569.html>>



Am 23. Oktober 1962 erhielten die sowjetischen Streitkräfte den Befehl, „volle Gefechtsbereitschaft“ herzustellen. Annähernd zeitgleich wies Moskau seine Verbündeten im Warschauer Pakt an, ihre Armeen in „erhöhte Gefechtsbereitschaft“ zu versetzen. Für die Stäbe und Truppen der „Bruderarmeen“, darunter die Nationale Volksarmee der DDR (NVA), bedeutete dies, voll aufmunitioniert und in kürzester Zeit die Kasernen verlassen zu können. Auch die westliche Führungsmacht erhöhte den Alarmzustand ihres Militärs. Am 24. Oktober ging das Strategic Air Command der USA erstmalig in seiner Geschichte auf die Alarmstufe „DefCon 2“. Den Hintergrund zu diesem Szenario des Schreckens bildete die Zuspitzung der Kubakrise im Herbst 1962.

Zweifellos stand damals die Zivilisation angesichts des Aufeinanderprallens der beiden Supermächte USA und UdSSR „vor dem Abgrund“ – so auch der treffend gewählte Titel des vorliegenden Sammelbandes. Die Herausgeber, Dimitrij N. Filippovych, Professor an der Militäruniversität

Moskau, und Matthias Uhl, wissenschaftlicher Mitarbeiter im Institut für Zeitgeschichte, Abteilung Berlin, stellen dem interessierten Leser acht Beiträge ausgewiesener Historiker zur Verfügung, die als Referate auf einer Fachtagung zur Kubakrise im Oktober 2002 in Berlin gehalten wurden. Bereits der Untertitel der Publikation macht dabei deutlich, worauf sich das Forschungsinteresse der Herausgeber und Autoren besonders fokussierte: auf die Rolle des Militärs der beiden beteiligten Großmächte und deren jeweilige deutsche Bündnispartner. „Die Entscheidung zwischen Krieg und Frieden lag damals nicht nur in den Händen von Chruschtschow und Kennedy sowie ihrer Geheimdienste. Die Militärs der beiden Supermächte spielten ebenfalls eine Schlüsselrolle bei der Beilegung des Konflikts“ (VIII).

Dementsprechend „militärisch“ zeigen sich die meisten Beiträge des Bandes. Nachdem Gerhard Wettig in knapper Form den außenpolitischen Rahmen für die Entstehung der Kubakrise abgesteckt und dabei eindringlich auf den engen Zusammenhang zwischen Berlin- und Kubakrise verwiesen hat, beschreibt der Aufsatz der russischen Autoren Dimitrij N. Filippovych und Wladimir I. Ivkin die Beteiligung der sowjetischen Strategischen Raketentruppen an der „Karibischen Krise“. Trotz der

eher militärwissenschaftlichen Darstellungsart ist die Lektüre außerordentlich spannend. Das liegt nicht zuletzt an den vielen Details, die Filippovych und Ivkin auf der Grundlage von erstmals freigegebenen Akten der Strategischen Raketentruppen der Russischen Föderation dem deutschen Leser offerieren.

Die beiden Autoren untersuchen speziell die Operation der Sowjets zur geheimen Verlegung und Stationierung einer Raketendivision aus der UdSSR nach Kuba, die den Deckmantel „Anadyr“ trug. Sie machen deutlich, mit welchem enormen Aufwand es den sowjetischen Militärs gelang, innerhalb von drei Monaten unter strengster Geheimhaltung über 42.000 Soldaten und 230.000 Tonnen Ausrüstung über den Seeweg nach Kuba zu schaffen. Die Raketen wurden beispielsweise unter erheblichen Schwierigkeiten unter Deck in den Frachträumen verstaut. Auf dem Deck stellte man aus Gründen der Tarnung landwirtschaftliche Maschinen auf. Auch der Transport der Mannschaften, insbesondere auf Frachtschiffen, war mit erheblichen Anstrengungen für die „Passagiere“ verbunden. So hatte man die Zahl der Leute, die sich an Deck aufhalten durften, begrenzt. Im Bereich der amerikanischen Luft- und Seeaufklärung wurde der Deckaufenthalt völlig verboten. Die Soldaten waren tagelang bei Temperaturen von über 50 Grad in den Zwischendecks eingepfercht. Am 4. Oktober 1962 trafen die ersten 36 von insgesamt 60 Atomsprenköpfen auf Kuba ein. Etwa zwei Wochen später war der erste mit R-12 Mittelstreckenraketen ausgestattete Truppenteil der 51. sowjetischen Raketendivision auf Kuba einsatzbereit. Am 27. Oktober 1962, auf dem Höhepunkt der Krise, standen 24 Startanlagen der Division zur Verfügung, um verheerende Atomschläge gegen ausgewählte Industrie- und Verwaltungszentren der USA zu führen. Der Befehl dazu aus Moskau blieb jedoch aus, da sich die politische Vernunft auf beiden Seiten durchgesetzt hatte. Bereits am 28. Oktober 1962 begannen die Sowjets mit der Demontage ihrer Raketenstellungen auf Kuba. Ende 1962 kehrte die Raketendivision vollständig in ihre Heimat zurück.

Filippovych und Ivkin konstatieren am Schluss ihres Beitrages, dass die Sowjetunion nicht nur militärtechnische und militärstrategische Lehren aus der Kubakrise gezogen hat. Sie habe „zugleich eine entscheidende militärpolitische Lektion gelernt: Atomkriege sind nicht führ- und gewinnbar und müssen deshalb durch Entspannungs- und Abrüstungspolitik verhindert werden“ (63). Auch Michail G. Ljoschin, Oberst am russischen Institut für Militärgeschichte in Moskau, dessen Beitrag die Wandlungen strategischer Prinzipien und Einsatzmuster der sowjetischen Streitkräfte zwischen Berlin und Kubakrise nachzeichnet, sieht darin die wichtigste Lehre der Kubakrise.

Harald Biermann wendet sich in seinem Aufsatz dem Militär der anderen am Konflikt beteiligten Supermacht zu. Er geht der Frage nach, welche Rolle die Streitkräfte der USA während der Krise gespielt haben. Biermann stellt dabei überzeugend die durchaus unterschiedlichen Sichtweisen und Interessen von ziviler Führung und Vertretern des Militärs dar. Er macht aber auch deutlich, dass sie letztlich ein gemeinsames Ziel verfolgten, nämlich die Herrschaft Castros auf Kuba zu beseitigen. Im Herbst 1962 wartete das amerikanische Militär beispielsweise auf den Befehl zum Losschlagen, um die Karibikinsel vom Diktator zu befreien. Doch Präsident Kennedy schreckte vor einer offenen Aktion gegen den Inselstaat zurück, da ihm die Eskalationsgefahren zu groß schienen. Insofern spielten für ihn die US-Streitkräfte jenseits des Aufbaus einer Drohkulisse kaum eine Rolle. „Alles in allem muss aus der Rückschau festgehalten werden, dass die Art und Weise, wie US-Generalität einerseits und Chruschtschow andererseits zeitgenössisch auf den Kalten Krieg und den atomaren Rüstungswettlauf schauten, deutlich näher beieinander lagen als an den Sichtweisen Kennedys“ (25).

Dass eine bewaffnete Auseinandersetzung zwischen den USA und der UdSSR in der Karibik kein „regionales Ereignis“ geblieben wäre, sondern wahrscheinlich auch den Kriegsfall auf deutschem Boden bedeutet hätte, belegen eindrucksvoll die Beiträge von Bruno Thoß, Sigurd Hess und Matthias Uhl. Auch ihre Aufsätze beruhen zu einem großen Teil auf einer breiten Aktengrundlage, darunter erstmals freigegebener Bestände der Bundeswehr. Dadurch eröffnen sich dem Leser nicht nur neue

und interessante Details, sondern auch wichtige Zusammenhänge. So weist Thoß in seinem komplexen Aufsatz über Auftrag und Rolle der Bundeswehr als NATO-Mitglied während der Kubakrise nach, dass die Bundeswehr unter anderem wegen fehlenden Personals, wegen Lücken und Mängeln in der Infrastruktur, Logistik und im Kernwaffenschutz sowie wegen Problemen in der Koordination von militärischer und ziviler Verteidigung nur „bedingt abwehrbereit“ war. Heß unterstreicht diese Feststellung mit Blick auf die Bundesmarine.

Im Osten Deutschlands liefen dagegen die Vorbereitungen auf einen bewaffneten Konflikt auf Hochtouren, wie Uhl in seinem Beitrag überzeugend herausarbeitet. Die sowjetischen Streitkräfte in der DDR waren bereits Mitte September in „erhöhte Gefechtsbereitschaft“ versetzt worden. Am 23. Oktober löste SED-Chef Ulbricht nach einer Weisung aus Moskau den Alarmzustand für die gesamte NVA aus. Fast einen Monat lang hielt die ostdeutsche Armee die befohlenen Maßnahmen aufrecht, erst nach einer erneuten Weisung aus Moskau kehrte man in der NVA wieder zum normalen Dienstalltag zurück.

Nach dieser spezifischen „deutsch-deutschen“ Sicht schließt Hermann-J. Rupieper mit einigen zusammenfassenden Überlegungen zur sowjetisch-amerikanischen Konfrontation vom Anfang der Sechzigerjahre bis zum Ende der Achtzigerjahre die überaus informative Publikation ab.

Der zweite Teil des Buches – der Dokumentenanhang – ist nicht minder anregend und stellt sich als eine vortreffliche Ergänzung der Beiträge dar. Der größte Teil der hier abgedruckten 27 Fundstücke amerikanischer, sowjetischer sowie west- und ostdeutscher Provenienz wird erstmalig der wissenschaftlichen Forschung zugänglich gemacht.

Alles in allem haben Filippovych und Uhl mit ihrem Band zur Kubakrise einen gelungenen Beitrag zur weiteren Erforschung eines der wichtigsten Höhe- und Wendepunkte des Kalten Krieges geleistet.

Redaktionelle Betreuung: Peter Helmberger

Christian Hartmann / Johannes Hürter / Ulrike Jureit (Hg.): Verbrechen der Wehrmacht. Bilanz einer Debatte. Mit einem Vorwort von Jan Philipp Reemtsma und Horst Möller (= beck'sche reihe; 1632), München: C.H.Beck 2005, 230 S., 5 Karten, ISBN 3-406-52802-3, EUR 12,90

Rezensiert von Alexander Brakel, Mainz

in: **sehpunkte** 5 (2005), Nr. 9 [09.09.2005],

URL: <<http://www.sehpunkte.historicum.net/2005/09/8533.html>>



Vor zehn Jahren rief das Hamburger Institut für Sozialforschung mit der Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941–1944“ eine der schärfsten zeit-historischen Debatten der Nachkriegszeit hervor. Neben der umstrittenen Machart, die wegen Unsauberkeiten und schwerwiegender Fehler in die Kritik geriet und im Jahr 2000 letztendlich für die Schließung der Ausstellung und ihre vollständige Neukonzeption sorgte, waren es vor allem die zugespitzten Thesen, an denen sich die Diskussion entzündete.

Aber nicht nur in der Öffentlichkeit sorgte die Debatte für eine stärkere Auseinandersetzung mit dem Themenfeld der Wehrmachtsverbrechen, auch in der Wissenschaft wurden zahlreiche diesbezügliche Studien angestoßen, darunter auch ein Großprojekt des Instituts für Zeitgeschichte, einer Institution, die sich durch die deutliche Kritik ihres Direktors Horst Möller früh in Gegnerschaft zur ersten Ausstellung gestellt hatte. Deswegen mag die Entscheidung beider Institute, eine gemeinsame Konferenz aus Anlass

der Beendigung der zweiten Ausstellung zu veranstalten, zwar viele überrascht haben, vor dem Hintergrund der Tatsache, dass nirgendwo innerhalb Deutschlands mehr Forschung zum Thema „Wehrmachtsverbrechen“ geleistet wird als in diesen beiden wissenschaftlichen Einrichtungen, erscheint dieser Gedanke keinesfalls abwegig. Die Beiträge dieser Tagung liegen nun in Form eines Sammelbandes vor, der – und das unterscheidet ihn von den meisten anderen Tagungsbänden – durch seinen niedrigen Preis für ein breites Publikum erschwinglich ist.

Eine weitere Seltenheit des Buches besteht in einer klaren Systematik bei der Zusammenstellung der Beiträge, die man bei vielen anderen Sammelbänden leider vermisst. Das vorliegende Werk gliedert sich in acht Rubriken, die nach der Untersuchung der unterschiedlichen Handlungsebenen (Wehrmachtsführung, Befehlshaber, Soldaten und Verbündete) drei Verbrechensfelder (Kooperation zwischen Wehrmacht, SS und Polizei im Holocaust, Ernährungspolitik und Einbeziehung Einheimischer in den deutschen Besatzungsapparat) in den Blick nimmt und mit einem Ausblick auf mögliche weitere Forschungsfelder schließt. Alle Rubriken enthalten jeweils zwei Aufsätze, von denen der erste einen allgemeinen Überblick über die Thematik und den Forschungsstand geben soll, während der zweite einen speziellen Aspekt oder Einzelfall aus dem jeweiligen Themenfeld untersucht. Die

Auswahl überzeugt, allerdings fehlt eine systematische Beschäftigung mit der deutschen Partisanenbekämpfung. Neben der Hungerpolitik gegenüber den sowjetischen Kriegsgefangenen und der Beteiligung der Wehrmacht an der Judenvernichtung ist die „Tötung von Zivilisten“ schon früh als „dritter großer Komplex der rassistischen Vernichtungspolitik“ bezeichnet worden. [1] Diese Einschätzung erfuhr in der Folgezeit sowohl Unterstützung [2] als auch heftigen Widerspruch [3]. Dass der Komplex des Partisanenkriegs eine integrale Rolle bei der Untersuchung der deutschen Verbrechen im Krieg gegen die Sowjetunion spielt, zeigt sich auch daran, dass er in zahlreichen Beiträgen des Sammelbandes an mehr oder minder prominenter Stelle auftritt, ohne jedoch jemals ausgiebig problematisiert zu werden. Wichtig wären vor allem Untersuchungen darüber, inwieweit das gewaltsame Vorgehen der Deutschen Ausfluss der Ideologie oder der militärischen Notwendigkeit war. Am stärksten findet diese Frage im Aufsatz von Krisztián Ungváry über die ungarische Armee Beachtung, in dem er zeigen kann, dass die an der Ostfront eingesetzten Verbände sich weder bezüglich der Judenvernichtung noch der Partisanenbekämpfung deutlich von ihren deutschen Verbündeten unterschieden. Ungváry wertet dies als Zeichen für die vorrangige Bedeutung der situativen Radikalisierung gegenüber der Ideologie. Für diese These, die für die Wehrmacht in ähnlicher Form auch von Johannes Hürter in seinem Beitrag über die Generalität und von Christian Hartmann in seinen Untersuchungen über die Beteiligung von Wehrmachtsangehörigen an Kriegs- und NS-Verbrechen vertreten wird, wäre es jedoch notwendig, auch die Gegenseite in den Blick zu nehmen. Solange man das Verhalten der deutschen Truppen in der UdSSR ohne ausreichende Berücksichtigung der Roten Armee und der sowjetischen Partisanen untersucht, wird man als Historiker große Schwierigkeiten bei der Einschätzung der deutschen Motive haben. Denn wie will man beurteilen, ob sich die Wehrmacht einer tatsächlichen organisierten und militärisch effektiven Widerstandsbewegung oder harmlosen Bauern gegenüber sah, ohne die sowjetischen Akten zu kennen? Ohne eine solche Kenntnis wird jedoch auch schwerlich einzuschätzen sein, ob es sich bei dem deutschen Vorgehen um eine aus der militärischen Situation entstandene Reaktion auf Anschläge der Partisanen handelte oder es in erster Linie ideologisch motiviert war. Vor solchen, bisher noch weitgehend ausstehenden Untersuchungen [4] ist es übereilt zu behaupten, der Kampf gegen die Partisanen „sei zum Instrument des Terrors gegen die Zivilbevölkerung“ geworden, wie Klaus Latzel dies in seinem Beitrag (176) unterstellt.

Die übrigen Felder der Wehrmachtsverbrechen werden dagegen sowohl in den Überblicksartikeln als auch in den Einzelstudien überzeugend dargestellt und eingeordnet. Besonders eindrucksvoll sind dabei neben der schon erwähnten Untersuchung Ungvárys die von Christoph Dieckmann über den Einsatz litauischer Schutzmannschaften zur Judenvernichtung und der Beitrag von Timm C. Richter, der am Beispiel der 6. Armee zeigt, auf welche Weise Divisionskommandeure und Armeebefehlshaber ihren Handlungsspielraum zur Abmilderung oder Verschärfung bestehender Befehle nutzten.

Bedauerlich ist der geringe Raum, der den einzelnen Aufsätzen zur Verfügung steht, an mancher Stelle hätte der Rezensent gerne Genaueres erfahren. So bietet der Band auch eher einen Überblick über momentan untersuchte Fragestellungen denn ausführliche Untersuchungsergebnisse. Einige der Ergebnisse sind zudem weitgehend bekannt, wie die Ausführungen Christian Gerlachs zur Behandlung der sowjetischen Kriegsgefangenen, die auch durch die vergleichende Perspektive wenig neue Erkenntnisse verbreitet. Gleiches gilt für die Darstellung Dietrich Eichholtz' zu den wirtschaftlichen Aspekten des Krieges gegen die Sowjetunion.

Insgesamt bietet der Band einen interessanten Überblick über einige der wichtigsten Forschungsfelder zum Thema Wehrmachtsverbrechen, zeigt aber auch die zahlreichen noch bestehenden Defizite und Desiderate auf. Den Herausgebern ist deswegen zuzustimmen, wenn sie in ihrem Vorwort den Untertitel des Buches „Bilanz einer Debatte“ indirekt zurückweisen und stattdessen von einer „Zwischenbilanz“ (23) sprechen.

Anmerkungen

- [1] Peter Longerich: Der Rußlandfeldzug als rassistischer Vernichtungsfeldzug, in: Hans-Heinrich Nolte (Hg.): „Der Mensch gegen den Menschen“. Überlegungen und Forschungen zum deutschen Überfall auf die Sowjetunion 1941, Hannover 1992, 78-94, hier 91.
- [2] Siehe z. B. Hannes Heer: Die Logik des Vernichtungskrieges, in: ders. / Klaus Naumann (Hg.): Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944, Hamburg 1995, 104-138; Christian Gerlach: Kalkulierte Morde. Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weißrussland 1941 bis 1944, Hamburg 1999.
- [3] Siehe z. B. Klaus Jochen Arnold: Die Wehrmacht und die Besatzungspolitik in den besetzten Gebieten der Sowjetunion. Kriegführung und Radikalisierung im „Unternehmen Barbarossa“, Berlin 2005.
- [4] Als Beispiele für die wenigen Ausnahmen siehe Truman Anderson: Incident at Baranivka: German Reprisals and the Soviet Partisan Movement in Ukraine, October-December 1941, in: The Journal of Modern History 71 (1999), 585-623. Alexander Hill: The War Behind the Eastern Front: The Soviet Partisan Movement in North-West Russia, 1941–1944, London 2005.

Redaktionelle Betreuung: Peter Helmberger

Dorothee Hochstetter: Motorisierung und „Volksgemeinschaft“. Das Nationalsozialistische Kraftfahrkorps (NSKK) 1931–1945 (= Studien zur Zeitgeschichte; Bd. 68), München: Oldenbourg 2005, IX + 537 S., ISBN 3-486-57570-8, EUR 69,80

Rezensiert von Armin Nolzen, Warburg

in: **sehpunkte** 5 (2005), Nr. 4 [15.04.2005],

URL: <<http://www.sehpunkte.historicum.net/2005/04/6877.html>>



Was haben auf den ersten Blick so unterschiedliche Männer wie Altbundeskanzler Kurt Georg Kiesinger, der frühere bayerische Ministerpräsident Franz-Josef Strauß, der Verleger Franz Burda, der Althistoriker Alfred Heuß und der Politikwissenschaftler Theodor Eschenburg miteinander gemeinsam? Eine Antwort auf diese Frage gibt Dorothee Hochstetters Studie über das Nationalsozialistische Kraftfahrkorps (NSKK), die auf eine Dissertation an der Freien Universität Berlin zurückgeht. Diese fünf Männer, die die politische und intellektuelle Geschichte der Bundesrepublik Deutschland nachhaltig geprägt haben, waren 1933 ins NSKK eingetreten und wurden dort manchmal nur wenige Jahre, teilweise aber bis zum Zusammenbruch des NS-Regimes, als Mitglieder geführt. Nach dem 8. Mai 1945 galt dies zunächst als Kavaliersdelikt, weil das NSKK, so eine verbreitete Ansicht, unpolitisch gewesen sei. Selbst der Internationale Militärgerichtshof in Nürnberg erklärte diese Gliederung der NSDAP nicht zu einer verbrecherischen

Organisation, und in den Spruchkammerverfahren, die eigentlich der Entnazifizierung der deutschen Gesellschaft dienten, wurde die Zugehörigkeit zum NSKK fast schon automatisch mit „politischer Unschuld“ gleichgesetzt. Es verwundert insofern nicht, dass die NS-Forschung dem NSKK bisher kaum Aufmerksamkeit geschenkt hat, schien eine Beschäftigung mit diesem offenbar marginalen Thema doch wenig lohnend zu sein.

Hochstetter legt nunmehr die erste Monografie zum NSKK vor und zeigt darin, wie wichtig selbst auf den ersten Blick eher nebensächliche Themenfelder für die wissenschaftliche Erforschung des „Dritten Reiches“ sind. Die Quellenbasis ist breit und umfasst 52 Archive und fast 100 Periodika, Zeitungen und Zeitschriften. Den Hauptgegenstand der Untersuchung bildet „die Organisationsgeschichte des NSKK und seine Funktion im nationalsozialistischen Herrschaftssystem“ (11). Die Autorin fragt danach, inwieweit das NSKK nach dem 30. Januar 1933 sein selbst erklärtes Ziel erreichte, die Führung in allen Bereichen des Kraftfahrtwesens zu übernehmen. Methodisch schließt sie an die Diskussion um das Verhältnis zwischen Nationalsozialismus und Modernisierung an. Sie interessiert, welchen Anteil das NSKK an der Motorisierungspolitik des NS-Staates hatte und inwieweit sich diese auf Richtung, Reichweite und Tempo der Modernisierung im Deutschen Reich auswirkte. Es geht ihr insofern um einen eigenständigen Beitrag zu der umstrittenen Frage, inwiefern die NS-Politik intentional auf einen Wandel im technologischen Sektor abzielte.

Die Autorin nähert sich diesen Fragen in elf Kapiteln. Zuerst handelt sie die Anfänge des NSKK seit 1931 ab, in der diese paramilitärische Organisation noch zur Sturmabteilung (SA) gehörte. Es folgt das mit mehr als 80 Seiten längste Kapitel der vorliegenden Studie über Aufbau, Führerkorps und Mitglieder des NSKK und über dessen Stellung im NS-Staat. Die drei darauf folgenden Kapitel sind dann der „Gleichschaltung“ der Automobilclubs, den NSKK-Motorsportschulen und der Funktion des Motorsportes im „Dritten Reich“ gewidmet. Drei weitere Kapitel beschäftigen sich mit den Einflussversuchen der NSKK-Führung auf die Automobilindustrie, die Kraftfahrachverständigen und Fahrlehrer sowie auf die Verkehrssicherheit. In ihren beiden letzten Kapiteln zeichnet die Autorin nach, welche Rolle das NSKK in der „Judenpolitik“ des NS-Regimes spielte und auf welche Weise sich die Funktionen dieser Organisation im Zweiten Weltkrieg veränderten. Der Leser erfährt eine Fülle neuer Details, die auch für andere Bereiche der NS-Forschung von Interesse sind. So zeigt Hochstetter, wie intensiv die NSKK-Korpsführung spätestens seit 1935/36 mit dem Reichskriegsministerium und der Heeresführung zusammenarbeitete, um männlichen Jugendlichen die für eine moderne Kriegführung notwendigen motortechnischen Kompetenzen zu vermitteln. Den motorisierten Sonderformationen der Hitler-Jugend, die von Angehörigen des NSKK ausgebildet wurden, kam dabei eine besondere Bedeutung zu, denn sie waren für männliche Jugendliche aufgrund des allgemeinen Interesses an Technik äußerst attraktiv. Außerdem weist die Autorin nach, dass das NSKK die Beseitigung des „jüdischen Einflusses“ aus dem Automobilwesen und dem Straßenverkehr forcierte und sich an vorderster Front an der „Reichskristallnacht“ vom 7. bis 10. November 1938 beteiligte.

Neben der Ausgrenzung und Stigmatisierung der Juden lagen die wichtigsten Funktionen des NSKK in der „Gleichschaltung“ der Automobilvereine und des Motorsports, der emotional-affektiven Integration der „Volksgenossen“ bei Motorsportveranstaltungen, dem Anpassungsdruck auf Berufsangehörige des Kraftfahrzeugwesens, der Vorbereitung der männlichen Jugend auf den Krieg und der logistischen Unterstützung der NS-Kriegführung. An den politischen Entscheidungsprozessen des NS-Regimes, daran lässt die Autorin keinen Zweifel, hatte das NSKK keinen Anteil. Weder nahm die NSKK-Korpsführung nennenswerten Einfluss auf die verkehrspolitische Gesetzgebung, noch leistete sie einen eigenständigen Beitrag zur Gestaltung der NS-Motorisierungspolitik. Eigentlich war das NSKK ein Speditions- und Transportunternehmen, dessen sich andere NS-Institutionen je nach politischer Opportunität bedienen konnten. Keinesfalls beherrschte das NSKK das Kraftfahrtwesen im Deutschen Reich, wie Korpsführer Adolf Hühnlein und seine Mitarbeiter stets vollmundig deklamierten.

Es ist nun allerdings diese relative Bedeutungslosigkeit des NSKK im „Dritten Reich“, aus der einige doch gravierende Probleme resultieren. Die Studie zerfließt mehr und mehr in eine Geschichte der Motorisierung im NS-Staat, hinter der das NSKK als Institution immer weiter verschwindet. Weil das NSKK keinen Anteil an der NS-Motorisierungspolitik hatte, erweist sich die Frage nach den modernisierenden Wirkungen dieser Politik als völlig unergiebig. Die Bedeutung des NSKK lag, wie die Autorin selbst nachweist, in der inneren Mobilisierung der „Volksgemeinschaft“, der Vorbereitung auf den Krieg und der logistischen Unterstützung der Kriegführung. Es wäre besser gewesen, wenn sich die Untersuchung stärker an diesen Themen orientiert und den Stellenwert des NSKK bei der „inneren Formierung“ des NS-Regimes herausgearbeitet hätte. Dann hätten auch die inneren Strukturen des NSKK und dessen komplexe Mechanismen der Mitgliederintegration stärker berücksichtigt werden können, als das in der vorliegenden Studie geschieht. Die eingangs postulierte Organisationsgeschichte des NSKK bleibt insofern defizitär.

Im Grunde genommen liefert Hochstetter bloß eine halbierte Geschichte des NSKK, in der dessen interne Organisationskultur fast vollkommen ausgespart wird, und eine perspektivisch verengte Darstellung der NS-Motorisierungspolitik. Letztere zeigt sich darin, dass die Autorin – trotz aller empirischen Kärnerarbeit – darauf verzichtet hat, die Akten der für die Motorisierungspolitik wichtigsten Behörden auszuwerten, darunter das Reichsfinanz- und das Reichsverkehrsministerium, das

Reichsministerium des Innern, der Vierjahresplan und die Dienststelle des Generalinspektors für das Straßenwesen. Sie kann sich nicht entscheiden, welchen Teilbereich sie untersuchen soll. Bei einer stärkeren Fokussierung auf die Organisationsgeschichte des NSKK hätte ohne weiteres ein Drittel des Textumfangs entfallen können. Der größte Gewinn von Hochstetters Studie besteht darin, mit der Legende aufgeräumt zu haben, das NSKK sei unpolitisch gewesen. Sie zeigt, dass diese Organisation auf bürgerliche Männer eine große Anziehungskraft ausgeübt hat. Möglicherweise trug das NSKK auch dazu bei, dass die „moralische Resistenz“ des deutschen Bürgertums gegenüber dem NS-Regime zusehends schwand, wie es Hans Mommsen einmal formuliert hat.

Redaktionelle Betreuung: Peter Helmberger

Michael Schwartz: Vertriebene und ‚Umsiedlerpolitik‘. Integrationskonflikte in den deutschen Nachkriegs-Gesellschaften und die Assimilationsstrategien in der SBZ/DDR 1945 bis 1961
(= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte; Bd. 61), München: Oldenbourg 2004,
XIII + 1247 S., ISBN 3-486-56845-0, EUR 128,00

Rezensiert von Arnd Bauerkämper

Berliner Kolleg für Vergleichende Geschichte Europas

in: **sehpunkte** 5 (2005), Nr. 1 [15.01.2005],

URL: <<http://www.sehpunkte.historicum.net/2005/01/6680.html>>



Die Forschung zur Flüchtlingspolitik und zur Integration der Vertriebenen in die Sowjetische Besatzungszone (SBZ) und DDR ist seit 1990 beträchtlich vorangekommen. Eine Vielzahl von Einzelstudien hat die Kenntnis über die Voraussetzungen und Folgen der Aufnahme und Eingliederung von Flüchtlingen aus den deutschen Siedlungsgebieten in Ost- und Südosteuropa beträchtlich erweitert, auch in vergleichender Perspektive. [1] Welche neuen Erkenntnisse zur Politik gegenüber den Vertriebenen, die in der SBZ seit Herbst 1945 offiziell als „Umsiedler“ galten, vermittelt angesichts des fortgeschrittenen Standes der wissenschaftlichen Arbeit ein gewaltiger Band von insgesamt 1247 Seiten? Rechtfertigt ein Untersuchungsgegenstand, dem der Verfasser selber offen eine vergleichsweise „kurzfristige und ephemere Rolle“ (33) zuweist, eine so umfangreiche Studie?

Michael Schwartz, dessen Buch – die überarbeitete Fassung seiner Habilitationsschrift – über seine zahlreichen, in den letzten zehn Jahren veröffentlichten Aufsätze deutlich hinausreicht, bezieht die Aufnahme und Integration auf übergreifende Prozesse politischer und gesellschaftlicher Exklusion beziehungsweise Inklusion. Darüber hinaus stellt er „Umsiedlerpolitik“ (der Begriff wird einleitend von Schwartz erläutert) als ein umfassendes Arbeitsfeld dar, an dem nicht nur die Sonderverwaltungen – vor allem die kurzlebige Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler und ihre regionalen und lokalen Behörden – beteiligt waren, sondern auch die Arbeits- und Sozialverwaltung, die Ämter für Wirtschaftsplanung und die Instanzen, denen die Durchsetzung der Landwirtschaftspolitik oblag. Im Gegensatz zu früheren Publikationen rekonstruiert Schwartz zudem die „Umsiedlerpolitik“ über die Auflösung der Sonderverwaltungen 1948/49 hinaus bis zur Mitte der Fünfzigerjahre, zum Teil sogar bis 1961. Nicht zuletzt betont er gegenüber Interpretationen, welche die Flüchtlinge letztlich als Objekte der zentralen Herrschaftspolitik in der SBZ/DDR ansehen, dass die „Umsiedler“ über Netzwerke durchaus auch die auf sie gerichtete Politik beeinflussten. Gegenüber diesen weiterführenden Thesen, die Schwartz in der Einleitung ausführlich entwickelt und in der Darstellung eindrucksvoll belegt, bleiben die konzeptionellen Überlegungen zur konkreten Anlage und Durchführung der Arbeit blass (43-46). Vor allem die Intentionen, Ziele und Konturen seines im Titel des Buches annoncierten,

grundsätzlich viel versprechenden, asymmetrischen Vergleichs mit der Vertriebenenpolitik und -integration in Westdeutschland werden nicht explizit erläutert, auch weil eine Auseinandersetzung mit der methodologisch-theoretischen Diskussion und der dafür einschlägigen Literatur fehlt. [2]

Im ersten Hauptkapitel untersucht Schwartz auf der Grundlage einer umfassenden, weit über die Akten der Vertriebenenbehörden hinausreichenden archivarischen Überlieferung die „Umsiedlerpolitik“ in ihrer doppelten Fundierung als institutionelles Gefüge und Ensemble von Netzwerken. Außer den daran beteiligten Instanzen der sowjetischen Besatzungsverwaltung werden die Interventionen der Führungsgremien der KPD beziehungsweise (seit April 1946) SED und die Maßnahmen der Akteure in den unterschiedlichen deutschen Behörden nachgezeichnet, die an der Aufnahme und Eingliederung der Flüchtlinge mitwirkten. Diese Verwaltungen mussten jedoch nicht nur die Befehle der führenden Offiziere in der sowjetischen Militärverwaltung und die zentralen Anordnungen der Machthaber in Ost-Berlin durchsetzen, sondern waren auch mit Initiativen der „Umsiedler“ selber konfrontiert, die nicht einfach übergangen werden konnten. Wie Schwartz überzeugend zeigt, konnten der umfassende Kontrollanspruch der SED-Führung seit 1946 und die daraus resultierende Repressionspolitik spontane Zusammenschlüsse der Vertriebenen keineswegs durchweg unterbinden und auch ihr Autonomiestreben und die Ansätze zur Selbstorganisation nicht unmittelbar stilllegen. Auch wenn sich Genossenschaften, die zum Beispiel von den Gablonzer Facharbeitern gegründet worden waren, 1949/50 schließlich aufgelöst oder in Volkseigene Betriebe überführt werden mussten, blieb die „Selbstabgrenzung“ (611) der Flüchtlinge eine beträchtliche Barriere der „Umsiedlerpolitik“.

Im zweiten Kapitel seines Buches rekonstruiert Schwartz anhand der Unterstützung für die Neubauern, denen als Flüchtlinge nach der Bodenreform Land zugeteilt worden war, und der Hausrathilfe die Durchführung der „Umsiedlerpolitik“ in unterschiedlichen gesellschaftlichen Milieus. Zu Recht hebt er den geringen Stellenwert der Bodenreform für die Flüchtlingsintegration hervor, denn die Umverteilung des Landes begünstigte insgesamt nur 2,3 Prozent der in der SBZ lebenden Vertriebenen. Weder die Finanzhilfen für das 1947 begonnene Neubauernbauprogramm noch der Viehausgleich und die Vergünstigungen des „Umsiedlergesetzes“ vom 8. September 1950 konnten die Marginalität und weitgehende Isolierung der Neubauern in den dörflich-agrarischen Milieus verhindern. Noch schwächer wirkte sich die Zuteilung von Gartenland an die „Umsiedler“ aus. In umfangreichen Kapiteln zeigt Schwartz präzise die sozialen Schranken der vertriebenenspezifischen Verteilungspolitik auf. Die akribische und detaillierte Quellenanalyse wirkt allerdings gelegentlich ermüdend, auch wenn Wiederholungen begrenzt bleiben. Zudem finden sich einzelne Fehlinterpretationen, so zum Beginn der Kollektivierung, der trotz der zuvor gegründeten Ablieferungsgemeinschaften keineswegs vorrangig auf „basidemokratische Initiativen und ein entsprechend exklusives Gruppenbewusstsein unter Neubauern“ (724) zurückzuführen ist, sondern – wie Schwartz selber andeutet – Anfang Juni 1952 durch zentrale Anweisungen des Zentralkomitees der SED unter ihrem Generalsekretär Walter Ulbricht ausgelöst wurde. [3]

Deutlich wird dagegen herausgearbeitet, dass die zum Teil beträchtlichen Hilfsleistungen für Neubauern, die Landparzellen übernommen hatten, die Begünstigten nicht dauerhaft sichern konnten, wegen der Konzentration der Ressourcen auf einzelne Vertriebenengruppen jedoch andere „Umsiedler“ benachteiligten. Darüber wurden den Flüchtlingen Sonderhilfen zulasten anderer Geschädigter des Zweiten Weltkrieges wie Evakuierte und Ausgebombte gewährt, wie Schwartz anhand der Hausrathilfe zeigt. Da freiwillige Sammelaktionen weitgehend scheiterten, vollzog die SED-Führung die Vergabe von Mobiliar und Hausrat als Zwangsumverteilung zu Gunsten der Vertriebenen. Auch mit der Zuteilung von Krediten für Wohnbedarf nach dem „Umsiedlergesetz“ führten die Machthaber letztlich neue gesellschaftliche Unterschiede und Konflikte herbei.

Insgesamt belegt Schwartz, dass die „Umsiedlerpolitik“ in der SBZ/DDR keineswegs eine soziale Egalisierung bewirkte, sondern vielmehr eine weit reichende soziale Differenzierung begünstigte.

Zudem wird deutlich, dass die Politik der Inklusion in der deutschen Nachkriegsgesellschaft mit einem weit reichenden Ausschluss der Vertriebenen kontrastierte, deren soziale Integration erst in den Fünfzigerjahren deutlicher vorankam. Angesichts der Beharrungskraft überlieferter Institutionen wie dem Privateigentum und traditionaler Milieus blieb auch die Durchschlagskraft der tief greifenden Transformationspolitik der SED zumindest in den späten Vierziger- und frühen Fünfzigerjahren noch begrenzt. Schwartz gelingt auch der Nachweis, dass die „Umsiedlerpolitik“ in dem spannungsreichen Zusammenwirken administrativer Maßnahmen und der auf diese einwirkenden Flüchtlingsnetzwerke keineswegs mit der Auflösung der Vertriebenenverwaltungen 1948/49 endete, sondern erst 1953. Jedoch wird die weitere Entwicklung bis 1961 lediglich skizziert. Ebenso bleibt das Ziel des Vergleichs mit der westdeutschen Flüchtlingspolitik letztlich unklar. Die historisch-komparative Perspektive dient zwar wiederholt der Einordnung der Befunde zur ostdeutschen „Umsiedlerpolitik“, wird aber in der Darstellung nicht konsequent durchgehalten. Zudem beeinträchtigt die Detailfülle, die sich in dem Umfang des Buches widerspiegelt, die Stringenz der insgesamt überzeugenden Argumentation. Obgleich eine scharfe Auseinandersetzung als Triebkraft wissenschaftlicher Erkenntnis unbestritten ist, wirkt auch die Abgrenzung des Verfassers von früheren Studien anderer Autoren gelegentlich überpointiert und deshalb bemüht (zum Beispiel 642, 686; 689, Anmerkung 325).

Trotz dieser Einwände ist Schwartz eine richtungweisende Studie gelungen, die sich durch die Kombination politik- und sozialgeschichtlicher Untersuchungsperspektiven ebenso auszeichnet wie durch die überzeugenden Befunde, die auf eine überaus umfassende Auswertung unterschiedlicher Quellen gestützt sind. Das Buch ist eine Arbeit, die für die künftige Forschung hohe Maßstäbe setzt.

Anmerkungen

- [1] Vgl. besonders Stefan Donth: Vertriebene und Flüchtlinge in Sachsen 1945–1952. Die Politik der Sowjetischen Militäradministration und der SED, Köln 2000; Dierk Hoffmann / Michael Schwartz (Hg.): Geglückte Integration? Spezifika und Vergleichbarkeiten der Vertriebenen-Eingliederung in der SBZ/DDR, München 1999; Dierk Hoffmann / Marita Krauss / Michael Schwartz (Hg.): Vertriebene in Deutschland. Interdisziplinäre Ergebnisse und Forschungsperspektiven, München 2000; Johannes Hoffmann / Wolfgang Meinicke / Manfred Wille (Hg.): Sie hatten alles verloren. Flüchtlinge und Vertriebene in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Wiesbaden 1993; Philipp Ther: Deutsche und polnische Vertriebene. Gesellschaft und Vertriebenenpolitik in der SBZ/DDR und in Polen 1945–1956, Göttingen 1998; Manfred Wille (Hg.): 50 Jahre Flucht und Vertreibung. Gemeinsamkeiten und Unterschiede bei der Aufnahme und Integration der Vertriebenen in die Gesellschaften der Westzonen/Bundesrepublik und der SBZ/DDR, Magdeburg 1997.
- [2] Dazu aus einer umfangreichen Literatur: Heinz-Gerhard Haupt / Jürgen Kocka (Hg.): Geschichte und Vergleich. Aufsätze und Ergebnisse international vergleichender Geschichtsschreibung, Frankfurt/M. 1996; Hartmut Kaelble: Der historische Vergleich. Eine Einführung zum 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt/M. 1999; Hartmut Kaelble / Jürgen Schriewer (Hg.): Vergleich und Transfer. Komparatistik in den Sozial-, Geschichts- und Kulturwissenschaften, Frankfurt/M. 2003; Joachim Matthes (Hg.): Zwischen den Kulturen? Die Sozialwissenschaften vor dem Problem des Kulturvergleichs, Göttingen 1992. Zu den Chancen und Grenzen des asymmetrischen Vergleichs unterschiedliche Positionen in: Jürgen Kocka: Asymmetrical Historical Comparison: The Case of the German Sonderweg, in: *History and Theory* 38 (1999), 40-59; Thomas Welskopp: Stolpersteine auf dem Königsweg. Methodenkritische Anmerkungen zum internationalen Vergleich in der Gesellschaftsgeschichte, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 35 (1995), 339-367.
- [3] Jens Schöne: „Wir sind dafür, dass über diese Fragen keine Berichterstattung erfolgt“. Die Kollektivierung der Landwirtschaft in der DDR 1952/53, in: Falco Werkentin (Hg.): Der Aufbau der

„Grundlagen des Sozialismus“ in der DDR 1952/53, Berlin 2002, 71-94, hier: 77-79; ders.: Freiwilligkeit und Zwang bei der Kollektivierung der Landwirtschaft, in: Ilona Buchsteiner / Siegfried Kuntsche (Hg.): Agrargenossenschaften in Vergangenheit und Gegenwart. 50 Jahre nach der Bildung von landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften in der DDR, Rostock 2004, 59-71, hier: 62 f.

Redaktionelle Betreuung: Peter Helmberger